

Neue Harmonie in der Bildungslandschaft?

Die Harmonisierung der Volksschule bewegt kaum

Von Tibor Bauder und Jan Sneyd*

Konflikte um die Stossrichtungen der Schweizer Bildungspolitik wurden in der Vergangenheit öffentlich über parteipolitische Diskurse ausgetragen. Im Fall der Harmonisierung der Volksschule scheint dies anders zu sein – nicht zum Vorteil der Transparenz.

Die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) soll bis Ende dieses Jahres unter Dach und Fach sein. Die Vernehmlassung in den Kantonen ist abgeschlossen und der Weg für die Beitrittsverfahren frei. Mit HarmoS wird die traditionell föderalistisch verankerte obligatorische Schule in den 26 Kantonen vereinheitlicht, vorab im Bereich der Qualitätssicherung und -entwicklung sowie bezüglich verbindlicher Standards. Legitimiert wurde HarmoS dadurch, dass Volk und Stände am 21. Mai 2006 mit 85,6 Prozent Ja-Stimmen den neuen Bildungsartikel zur Bundesverfassung angenommen haben. Er anerkennt die Schulhoheit der Kantone, verlangt aber einheitliche Eckwerte und betont die gemeinsame Verantwortung von Bund und Kantonen für die Qualitätssicherung im Bildungsbereich.

Keine öffentliche Debatte

Mehrheiten über 85 Prozent bei Volksabstimmungen haben Seltenheitswert. Bildungspolitisch wird das Votum gerne als Erfolg und Bestätigung für HarmoS sowie für die jahrelange Überzeugungsarbeit der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) bezeichnet. So beeindruckend das Resultat ist, so nachdenklich stimmt es in Relation zur Stimmbeteiligung von nur 27,3 Prozent. Der niedrige Wert spiegelt sich in der breiten Einigkeit über die Vorlage. Praktisch das ganze Parlament, Bund, Kantone und alle grossen Organisationen hatten sich für die Neuordnung der Verfassungsartikel eingesetzt, welche die Bildung betreffen. Ein öffentlich wahrnehmbarer Abstimmungskampf gegen eine Beschneidung der kantonalen Hoheit im Bildungswesen blieb aus. Lediglich eine kleine Minderheit aus der SVP, der linken PdA und der Katholischen Volkspartei (KVP) machte sehr verhalten Stimmung gegen die Vorlage.

*Tibor Bauder und Jan Sneyd sind Assistenten am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Bern.

Europäische Kooperation bei der Berufsbildungsforschung

(sda) Das Eidgenössische Institut für Berufsbildung (EHB) will enger mit europäischen Partnern zusammenarbeiten. Wie das EHB mitteilte, wurde diese Woche eine Kooperationsvereinbarung mit Deutschland unterzeichnet. Ziel der Zusammenarbeit mit dem deutschen Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) sei es, künftig gemeinsame, länderübergreifende Projekte auszuführen und auf diese Weise den Transfer von Forschungsergebnissen zu fördern. Auch sollen gemeinsam Forschungsergebnisse publiziert werden, wie das Institut weiter mitteilte. Für das EHB, die Nachfolgeorganisation des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik, ist die Zusammenarbeit mit Deutschland «ein wichtiger Schritt zur Einbindung in die europäischen Reformprojekte». Es würden weitere Kooperationen mit Partnerinstitutionen in wichtigen europäischen Ländern angestrebt.

Dies überrascht angesichts des im schweizerischen Föderalismus besonders tief verwurzelten Gedankens der kantonalen und örtlichen Hoheit über das Volksschulwesen. Frühe Zentralisierungsbestrebungen, dem Bund im obligatorischen Bildungsbereich Regelungsbefugnisse zu überantworten, provozierten Konflikte entlang ideologischer, politischer, konfessioneller, geografischer und sprachlicher Spannungslinien. Die Frage nach dem Grad bildungspolitischer Zentralisierung war etwa einer der markantesten Streitpunkte in der Verfassungsrevision von 1872 und 1874. Der Entwurf scheiterte und wurde erst 1874 von Volk und Ständen angenommen. Das spannungsreiche Austarieren föderalistischer und zentralistischer Tendenzen in der Schweizer Bildungspolitik zeigt beim neuen Bildungsartikel kaum eine Fortsetzung, auch wenn die sprachregional schwierige Entscheidungsfindung über die Einführung der ersten Fremdsprache in jüngerer Zeit daran erinnert.

Lücken im Konzept

Mit dem HarmoS-Konkordat wird – jedenfalls konzeptionell – ein für die Schweiz in diesem Umfang einmaliger Vereinheitlichungsbedarf im Bildungswesen manifest. Jüngste Entwicklungen allerdings provozieren Unsicherheit über die Umsetzbarkeit des Konzepts: Gerade die Fremdsprachenfrage zeugt von der Priorisierung sprachregionaler Bedürfnisse. Ähnlich stellt sich bei der Absicht der Kantone Basel-Stadt, Baselland, Aargau und Solothurn, den «Bildungsraum Nordwestschweiz» zu schaffen, die Frage nach den Konsequenzen kantonalen und regionalen Absichten für HarmoS. Lücken im Konzept treten hervor, etwa die Frage der Finanzierung, die im Konkordatstext vage beschrieben wird. Die für die KMU sprechende Wirtschaftskammer Baselland kritisiert, dass die Harmonisierung die Schnittstellen zwischen Schule und Berufsbildung zu wenig berücksichtige.

Die EDK will ihre Rolle in diesem Prozess präzise verstanden wissen. Sie liege, so Hans Ambühl, Generalsekretär der EDK, auf der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und habe vornehmlich administrative und koordinierende Aufgaben. Es bestünden laut EDK eine Reihe von Missverständnissen, was die Funktion der Bildungsstandards betreffe. Deswegen sei es ein Anliegen der EDK, ihre Aufgabenbereiche transparent zu machen: Die eigentliche Entwicklung der Bildungsstandards obliegt den sogenannten Konsortien. Sie legen ihre erarbeiteten Vorschläge für Standards – formuliert als Minimalkompetenzen – der EDK vor, die diese dann an die zuständigen politischen Gremien weiterleitet. Am Ende dieses Prozesses steht dann die schweizweite Einführung der Standards in den vier Kernfächern Erstsprache, Zweitsprache, Mathematik und Naturwissenschaften.

Technokratie und Kontrolle?

Die erste grosse Entscheidung steht 2008 an. Es bestand bei keinem unserer Interviewpartner Zweifel daran, dass die Bildungsstandards in Zukunft auch auf die Sekundarstufe II ausgeweitet werden. Jürgen Oelkers, Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Zürich, der zugleich als Zürcher Bildungsrat den politischen Standardisierungsprozess mitgestaltet, hält ausserdem eine Standardisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung für wünschenswert.

Die Erziehungswissenschaft ist also besonders durch die Vertreter der Fachdidaktik in diesen Prozess eingebunden. Neben diesen «Auftragforschern» gibt es aber noch andere Pädagogen, die sich mit den Bildungsstandards wissenschaft-



Friedlich mischen sich individuelle Erlebnisse zu einem Ganzen – Grundstufe Waltalingen.

lich auseinandersetzen. Dabei verwundert es nicht, dass bei einer derart umfassenden Reform Kritik nicht ausbleibt: Walter Herzog, Professor für Pädagogische Psychologie am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Bern, ist wohl der profilierteste Kritiker von Bildungsstandards in der Schweiz. Er fragt provokativ: «Müssen wir Standards wollen?» Es sei sehr problematisch, die pädagogischen Interaktionen im Unterricht mit politischen Wunschvorstellungen nach Normierung pädagogischer Aktivitäten zu vereinbaren. Die Logik der Normierung sei zudem historisch rückführbar auf militärische und industrielle Vereinheitlichungsanstrebungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Mehr Transparenz erwartet

Unterrichtsprozesse seien aber anderen Gesetzmässigkeiten unterworfen und könnten mit dieser Logik nicht adäquat erfasst werden, sagt Herzog. Als Beobachtungsinstrument seien diese Standards gleichwohl gerechtfertigt, doch gebe es deutliche Anzeichen für technokratische Bestrebungen, die von einer sehr umfassenden Planbarkeit und Kontrollierbarkeit pädagogischer Pro-

zesse ausgingen, so Herzog weiter. – Mit dieser Kritik provoziert Herzog natürlich auch die Verantwortlichen der EDK. Hans Ambühl entgegnet, dass die Standardisierung im Gegenteil eine Eindämmung des quasi-technokratischen Herrschaftsbereichs der Lehrpersonen bedeute. Die EDK wolle mit den Standards vor allem für eine grössere Transparenz im Bildungsbereich sorgen, was auch zu einer erhöhten Chancengleichheit führen solle.

Einig ist sich die EDK mit Herzog allerdings bezüglich der überrissenen Erwartungen, die in einigen Teilen der Bevölkerung angesichts des Standardisierungsprozesses anzutreffen seien. Nicht zuletzt seit Pisa ist der politische Umgang vor allem mit den Daten, die aus den verbindlichen Tests am Ende des 2., 6. und 9. Schuljahres gewonnen würden, ein heikles Thema. Die Verwendung der Testergebnisse liegt dabei ausdrücklich nicht im Zuständigkeitsbereich der EDK. Für den Kanton Bern liegt bereits eine Motion der FDP vor, die die Veröffentlichung der Testergebnisse fordert, was umfassende Rankings ermöglichen würde. Die Folgen hiervon sind aus heutiger Perspektive noch nicht absehbar.

EUROCENTRES
Language Learning Worldwide



Eurocentres passt sich Ihrem Kopf an!

- > Eurocentres Sprachschulen erstellen für jeden einzelnen Kursteilnehmer ein persönliches Lernprogramm.
- > Schnelle Lernfortschritte dank gezielter Unterstützung durch die Lehrpersonen.
- > Die Stiftung Eurocentres gehört zum Migros Kulturprozent. Gewinne fliessen in die Infrastruktur und die Weiterentwicklung des Fremdsprachenunterrichts zurück.

Prospekte und kostenlose Beratung:
Eurocentres, Seestr. 247, 8038 Zürich
Gratis Nummer 0800 855 875
team-ch@eurocentres.com

www.eurocentres.com